

Rottenmanner Volksstimme



AUSGABE 5

ZEITUNG DER KPÖ STEIERMARK

FEBRUAR 2021

Trotz Corona: Land hält an Zusperrkurs fest 900 Spitalsbetten auf Abschussliste

Trotz der schwerwiegenden Krise der steirischen Spitäler hält die zuständige Landesrätin Dr.ⁱⁿ Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) unbeirrt an der Streichung von 900 Spitalsbetten fest. Das wurde im Rahmen einer Dringlichen Anfrage von KPÖ-LAbg. Werner Murgg deutlich

„Wir werden bis aufs Blut ausgebeutet“, „seit Jahren personell ausgehungert“, nicht als Menschen behandelt“ – mit diesen drastischen Schilderungen konfrontierten Beschäftigte der steirischen Spitäler in den letzten Tagen die Politik. Während des ersten Lockdowns im Frühjahr stellte Landesrätin Bogner-Strauß in Abrede, dass es zu wenig Personal oder zu wenig Betten gibt – diese seien „überflüssige Infrastruktur“.

Die aktuelle Situation macht aber deutlich, dass diese Aussagen mitten in einer Pandemie nicht haltbar sind. Denn der zweite Lockdown wurde damit begründet, dass die Kapazitäten unserer Spitäler beinahe erschöpft sind. Hätten wir rechtzeitig für ausreichend Personal und

Kapazitäten vorgesorgt, wäre uns viel erspart geblieben. Werner Murgg: „Ich verstehe nicht, wie Sie behaupten konnten, dass es nicht um die Betten gehe. Warum hat man dann das LKH Hörgas wieder aufgemacht? Statt nach dem ersten Lockdown das System aufzurüsten, ist in Wahrheit nichts geschehen!“

Jetzt sind wir mit einer verheerenden Situation konfrontiert als im ersten Lockdown. Wir lesen von Nachtdiensten, in denen ganze Stationen von einer einzigen Pflegekraft versorgt werden. Das ist unzumutbar. Der Direktor des Uniklinikums in Graz, Wolfgang Köle, bestätigt in einem Zeitungsinterview: „Unser Gesundheitssystem hat keine Reserven, das ist kein Geheimnis.“

Dass die Steiermark bei weitem nicht so gut dasteht,

wie es die Landesregierung darstellt, zeigt der Vergleich mit anderen Regionen. Beim Personalstand liegen Österreichs Spitäler mit 6,9 Pflegekräften pro 1000 EinwohnerInnen im OECD-Vergleich im untersten Drittel. Obwohl die Landesregierung an der Behauptung festhält, dass kein Personal verfügbar sei, schildern Pflegerinnen, dass

junge Fachkräfte, die sich beworben haben, eine Absage erhielten. Es sei kein Bedarf gegeben, heißt es von Seiten der KAGes. Schon seit dem Frühjahr werden laufend Behandlungen auf unbestimmte Zeit verschoben, in Summe sind davon weit über 10.000 Patientinnen und Patienten betroffen.



Trotz einer drohenden Überlastung der Spitäler hält die Landesregierung an der Schließung von Krankenhäusern und dem Abbau von Betten fest.

Wir stellen uns entschieden gegen diesen Unsinn!

CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

Hacklerregelung: Türkis-Grün gegen Arbeiter

Die ÖVP und die Grünen haben die Coronakrise genutzt, um die Hacklerregelung für Menschen, die 45 Jahre gearbeitet haben, abzuschaffen. Wenn alle über Corona reden, kann man den Sozialabbau leichter über die Bühne bringen. Das hat man anscheinend in der Regierung gedacht.

Ohne Begutachtung, ohne damit auch nur den Sozialausschuss des Parlaments zu beschäftigen hat man die Hacklerregelung abgeschafft. Ab 2022 können jene, die 45 Jahre in der Erwerbsarbeit geschuftet und Beiträge ins System bezahlt haben, zwar nach wie vor mit 62 Jahren in Pension gehen – dann aber mit einem Abschlag von 4,2 Prozent pro Jahr.

So wird das Vertrauen der Versicherten ins Pensionsssystem

untergraben. Wer mit 15 zu arbeiten angefangen hat und so seine Jugendjahre der Wirtschaft geopfert hat, wird bestraft. Mit 62 heißt es: Weiterhackeln um die volle Pension zu bekommen. Statt der Pension mit 62 nach 45 Arbeitsjahren bietet die Regierung unter dem schönen Namen Frühstarterbonus ein Taschengeld. Man wird sehen, ob das für ein Bier reichen wird.

„Die schwarz-grüne Regierung bedient sich bei den Pensionisten“, betont die KPÖ: „Der Gerechtigkeit wurde nicht damit Genüge getan, den Benachteiligten Verbesserungen zu geben und die Hacklerregelung zu bewahren. Im Gegenteil: Eine wichtige Leistung wurde gestrichen. Hoffentlich erinnern sich die Leute bei der nächsten Wahl daran.“



Extra-Belastung für Gemeinden

Die steirischen Gemeinden können bald kein ausgeglichenes Budget mehr erstellen, weil die ihnen zustehenden Einnahmen aus Bundessteuern aufgrund der Krise stark schrumpfen.

Aber anstatt den Hilferuf der Gemeinden zu erhören,

schnüren SPÖ, ÖVP, FPÖ, Neos und Grüne im Landtag für unsere Kommunen ein neues, **10 Millionen Euro schweres Belastungspaket**, indem sie die Beiträge, die die Gemeinden für ihre pensionierten Mitarbeiter zahlen müssen, deutlich erhöhen.

Maulkorberlass für KAGES-Personal

Wie die BISS, also die Bürgerinitiative für unser Rottenmanner Spital, in einer Aussendung berichtete, darf sich der ärztliche Leiter des Spitalsverbundes, Primar Dr. Miocinovic, nicht zu einer Aussprache über die künftige Entwicklung im Bezirk treffen. Auf Nachfrage bei den KAGES-Verantwort-

lichen erhielt er ein Sprechverbot. „Die KAGES gehört dem Steuerzahler, das sind wir Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir mit einem unserer Angestellten sprechen wollen, dann hat das möglich zu sein! So ein Maulkorberlass ist eine Frechheit der Sonderklasse!“, so KPÖ-Gemeinderat Johann Ploder.

Meinung

Jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung. Jeder hat das Recht, für diese Meinung zu demonstrieren. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Und es gibt auch viele Dinge, über die man sich zu Recht aufregen kann und muss: Das Impfchaos, Probleme bei Homeschooling und Home-Office oder natürlich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen der Handel, die Wirte und viele andere zu kämpfen haben.

In den letzten Wochen allerdings waren – vor allem in Wien – Demonstrationen zu sehen, wo sich besorgte Bürgerinnen und Bürger ebenso beteiligt haben, wie bekannte Rechtsextreme und verurteilte Neonazis. Ob es notwendig ist, an einer behördlich verbotenen Demo teilzunehmen, dass es nicht unbedingt schlau ist, mitten in der Corona-Pandemie ohne Mund-Nasen-Schutz eine solche Großveranstaltung zu besuchen, darüber kann man diskutieren. Aber gemeinsam mit der extremen Rechten und bekannten Neonazis aufzumarschieren? Hier muss man meiner Meinung nach eine Grenze ziehen. Mit Nazis marschiert man nicht. Niemals. Egal, was einen anzipft. Das ist die Verantwortung eines jeden Einzelnen von uns. Davon bin ich ebenfalls zutiefst überzeugt!

Johann Ploder

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und Druck: KPÖ-Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Die Rottenmanner Volksstimme ist eine periodische Gemeindefachzeitung der KPÖ Steiermark und dient der Information der Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens.



Aus dem Rottenmanner Gemeinderat

Damit sie draußen wissen was drinnen vorgeht

KPÖ gegen Gebührenerhöhungen

In der letzten Gemeinderatsitzung wurde das Budget für 2021 beschlossen. KPÖ und Liste WIR stimmten dagegen. Außerdem wurden die Friedhofsgebühren (Urnengräber) und die Gemeindeforderungen verteuert. Dagegen stimmte nur die KPÖ.

Gemeinderat Johann Ploder: „Vor allem die Wohnkosten sind für viele Menschen jetzt schon eine große Belastung. Hier sollte die Gemeinde darauf achten, nicht noch für zusätzliche Belastungen zu sorgen. Deshalb bin ich gegen diese Erhöhung.“

Mehrzwecksaal statt Volkshaus?

Die Liste WIR hat angeregt, zu überprüfen, ob man beim Umbau des Turnsaales der Mittelschule nicht gleich einen Mehrzwecksaal daraus machen könnte, und im Gegenzug das in die Jahre gekommene Volkshaus anderweitig zu nutzen, beispielsweise um dort Wohnungen oder ein

Parkhaus zu errichten. Mit der Thematik soll sich nun ein Ausschuss des Gemeinderates befassen. KPÖ-Gemeinderat Johann Ploder: „Ich habe nichts dagegen, wenn man die Turnhalle als Mehrzwecksaal nutzen kann. Aber ein Parkhaus als Ersatz für unser Volkshaus halte ich für keine besonders gute Idee.“

Mehr Information wäre gut

In vielen Gemeinden gibt es regelmäßige Fraktions-sitzungen, wo der Bürgermeister über anstehende Vorhaben der Stadtgemeinde informiert und für Fragen zur Verfügung steht. Das ist auch deshalb wichtig, weil der Gemeinderat nur alle

paar Monate zusammentritt, und nicht alle Fraktionen im Stadtrat vertreten sind. In Rottenmann finden solche Fraktionsbesprechungen bislang nicht statt. Nach Ansicht der KPÖ wäre es aber eine sinnvolle Maßnahme, sich regelmäßig auszutauschen.

KOMMENTAR

von
Johann Ploder
Gemeinderat der KPÖ
in Rottenmann



Liebe Mitbürgerinnen!
Liebe Mitbürger!

Aus der Bahn geworfen

Durch Corona ist unser normales Leben in Rottenmann immer noch aus der Bahn geworfen. Home-Office, Home-Schooling und natürlich Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit führen dazu, dass viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in finanzielle oder psychische Krisen kommen. Wir alle hoffen, dass wir möglichst bald wieder zu einem Alltag wie früher zurückkehren können.

Aber auch in „normalen“ Zeiten ist das Leben für viele Menschen nur schwer zu meistern. Mit einem kleinen Einkommen, einer Mindestpension oder dem Geld aus der Mindestsicherung kommt man nur schwer über die Runden. Hier hat die KPÖ ein Modell entwickelt, um unbürokratisch zu helfen. Auch ich möchte das für Rottenmann umsetzen. Ich bekomme für meine Funktion als Obmann des Prüfungsausschusses im Gemeinderat monatlich 323 Euro, und mit diesem Geld möchte ich Sie, liebe Rottenmannerinnen und Rottenmänner, unterstützen, wenn sie in eine Notlage geraten. Denn oft sind es schon kleine Summen, die helfen, eine Delogierung abzuwenden, ein kaputt gegangenes Haushaltsgerät zu reparieren oder eine fällige Rechnung zu begleichen, und so konkret den Alltag zu erleichtern.

Auch die Landtagsabgeordneten der KPÖ zahlen den Großteil ihres Einkommens in einen Sozialtopf, welcher für bedürftige Menschen in der ganzen Steiermark zur Verfügung steht. Auch davon kann ein Teil künftig in Rottenmann eingesetzt werden.

Für mich findet Politik nicht nur im Gemeinderat statt, sondern auch im täglichen Kontakt mit den Menschen. Wenn Sie ein Anliegen haben oder Hilfe brauchen, melden Sie sich gerne bei mir.

Ihr Gemeinderat Johann Ploder
Tel. 0699-10106369



KLEIN, aber MIT BISS



Die Regierung braucht bald einen Blindenstock. In der Coronakrise schwankt sie schon ganz wild hin und her.

Was uns AUF- und EINFÄLLT...



...dass den Ländern der EU Jahr für Jahr **50 bis 70 Milliarden Euro** an Steuereinnahmen entgehen, weil Großunternehmen ihre Gewinne in Steueroasen verschieben, während die Regierungen Lohnsteuerpflichtige und Kleinunternehmer die Zeche zahlen lassen.



...dass fast alle steirischen Gemeinden bald kein ausge-

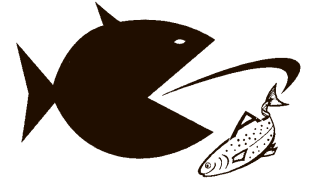
glichenes Budget mehr erstellen können, weil die ihnen zustehenden Einnahmen aus Bundessteuern immer geringer werden. Statt den Hilferuf der Gemeinden zu erhören, schnüren SPÖ, ÖVP, FPÖ, Neos und Grüne im Landtag für unsere Kommunen ein neues, **10 Millionen Euro schweres Belastungspaket**, indem sie die Beiträge, welche die Gemeinden für ihre

pensionierten Mitarbeiter zahlen müssen, deutlich erhöhen.



...dass der Grüne Gesundheitsminister Anschöber schön langsam mit der Wahrheit heraus kommt, was von der Leistungsangleichung für die Versicherten durch die Zusammenlegung der Krankenkassen zu halten ist. Auf eine parlamentarische

Anfrage bestätigte er, dass die Angleichung wohl **eine Nivellierung nach unten** sein werde.



Aktuelles aus dem steiermärkischen Landtag

Schluss mit dem Chaos, Frau Landesrätin!

Bei der Sondersitzung des steirischen Landtags am 2. Februar übte die KPÖ heftige Kritik an der Impf- und Gesundheitspolitik der Landesregierung.

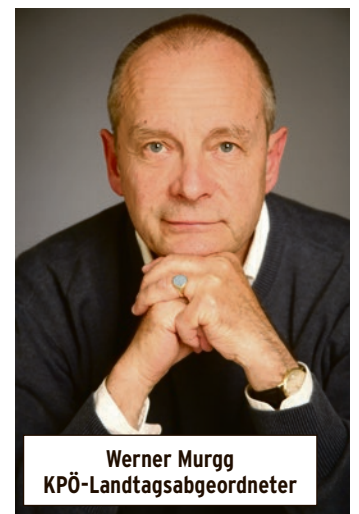
KPÖ-LAbg. Werner Murgg warnte vor verfrühten Jubelmeldungen. Corona sei nicht schnell auszulöschen, wir werden noch länger damit leben müssen. Auch seien neue Pandemien nicht auszuschließen – deshalb ist es umso wichtiger, dass das öffentliche Gesundheitssystem und die Pflegeheime, in denen der gefährdetste Teil der Bevölkerung lebt, darauf vorbereitet

sind und nicht kaputtgespart werden. Murgg zeigte anhand von konkreten Beispielen auf, dass die Impfstrategie der Steiermark derzeit kaum nachvollziehbar ist und keine Perspektive auf ein Ende der Lockdown-Spirale bietet. „Wenn die Impfkampagne in diesem Tempo weitergeht und pro Person zwei Teilimpfungen nötig sind, wird es noch 20 Monate dauern, das wird eine unendliche Geschichte werden“, warnt der KPÖ-Abgeordnete.

Aus Sicht der KPÖ wäre es sinnvoll für das Land gewesen, selbst Impfdosen zu bestellen. Das hätte nur einen Bruchteil

der Kosten verursacht, die ein neuerlicher Lockdown mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Folgen bedeutet.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Warum gibt es überhaupt einen Lockdown? Aus Angst, dass nicht alle schwer Erkrankten im Spital behandelt werden können. Deshalb kommen zu den sinnvollen so viele unsinnige Maßnahmen. Eines wird aber versäumt: Dass die Krankenhäuser aufgerüstet werden. Bei uns werden hunderte Betten abgebaut und Spitäler geschlossen, obwohl sämtliche Maßnahmen mit der drohenden Überlastung des Systems begründet werden.“



Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter



Claudia Klimt-Weithaler
KPÖ-Landtagsabgeordnete

Kommt AMAZON in die Steiermark?

KPÖ FORDERT MASSNAHMEN GEGEN LOHNDUMPING UND STEUERTRICKS

Der Weltkonzern Amazon will sich jetzt in Graz mit einem Verteilzentrum ansiedeln. Der Todesstoß für den heimischen Handel droht, weil Versandhändler wie Amazon durch den Lockdown massiv bevorzugt wurden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler thematisierte im Landtag die Folgen des geplanten Amazon-Verteilzentrums in Graz für Umwelt und Arbeitsplätze.

Die KPÖ fordert eine Um-

weltverträglichkeitsprüfung sowie einen **Schulterschluss aller Parteien gegen die Verdrängung des heimischen Handels** durch global aus Steuersümpfen agierende Online-Konzerne und den Austausch von regulären Arbeitsplätzen durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Scheinselbstständigkeit.

Obwohl sich mehrere sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker aus

der Steiermark, unter ihnen auch Landtags-Klubobmann Hannes Schwarz, kritisch gegenüber Amazon geäußert haben, stimmten sämtliche Abgeordneten der SPÖ gemeinsam mit ÖVP und Neos gegen einen Antrag der KPÖ, in dem sich der Landtag zum Schutz des heimischen Handels gegen die Verdrängung durch global agierende Online-Konzerne

sowie die Ausbreitung von prekären Arbeitsplätzen und Scheinselbstständigkeit aussprechen sollte.